

2896/J XXI.GP
Eingelangt am:04.10.2001

ANFRAGE

des Abgeordneten Grünewald, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur
betreffend Unklarheiten und Probleme in der Arbeit des Rats für Forschung und
Technologieentwicklung

Beim Reformdialog am 23.5.2001 wurde das Strategiepapier des Rats für Forschung und Technologieentwicklung vom Vorsitzenden, Knut Consemüller, in groben Zügen präsentiert. Man wurde auf die Homepage des Rats verwiesen, auf der sich genauere Informationen über die Strategie „Vision 2005“ und „2,5% + plus“ finden sollten. U.a. hätte dort definiert sein sollen, nach welchen konkreten Kriterien die Vergabe der Mittel aus den von der Bundesregierung nicht budgetierten ATS 7 Mrd. Forschungssondermittel vorgenommen werden soll. Auf einer kürzlich gehaltenen Pressekonferenz spricht Consemüller von einem akkordierten Kriterienkatalog. Auf der Homepage findet sich jedoch keinerlei Hinweis auf die Definition konkreter Förderkriterien.

Trotzdem hat der Rat bereits - auch ohne vorliegende Förderkriterien - Mittel aus den von der Regierung nicht budgetierten ATS 7 Mrd. Forschungssondermittel, die für überplanmäßige Ausgaben speziell für den Bereich von Wissenschaft und Forschung vorgesehen sind, freigegeben.

Im August wurde außerdem ein Brief des Finanzministers bekannt, der den Rat dazu auffordert, seine Empfehlungen noch einmal zu überdenken, obwohl es am Reformdialog bereits ein Zusage von Bundeskanzler Schüssel gegeben hat, die Forschungssondermittel noch bis Ende 2002 zu vergeben. Offenbar gibt es innerhalb der Bundesregierung unterschiedliche Auffassungen von Forschungsfinanzierung. Daran ändert auch Grassers Einlenken nichts, denn die versprochen zusätzlichen Mittel können frühestens 2004 zur Verfügung stehen. Damit wird das Regierungsziel, eine Forschungsquote von 2,5% des BIP bis zum Jahr 2005 zu erreichen, praktisch unrealistisch.

Laut Ratsvorsitzendem sollen außerdem die Universitäten von der Vergabe dieser Mittel ausgeschlossen werden, solange den Reformvorhaben der Bundesregierung (Dienstrecht, Ausgliederung, etc.) nicht zugestimmt werde. Da in Österreich die Grundlagenforschung zum überwiegenden Teil an Universitäten durchgeführt wird, ist diese Vorgehensweise als massive Behinderung des universitären wissenschaftlichen Arbeitens sowie als klare Einschränkung der Forschungsfreiheit zu werten. Hervorragende Anträge zeigen zudem dass an diesen Einrichtungen Organisationsformen und Personalstruktur wohl auch jetzt schon (UOG 93) gut und konkurrenzfähig sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Weshalb werden wichtigste Informationen insbesondere über Bewerbungs - und Auswahlkriterien bei Forschungsförderungsansuchen immer noch nicht öffentlich gemacht?
- 2) Nach welchen Kriterien empfiehlt und empfahl der Rat für Forschung und Technologieentwicklung bislang die Vergabe der Forschungssondermittel?
- 3) Wie stehen Sie zur bisherigen Praxis der Erstellung von Empfehlungen für die Vergabe der Forschungssondermittel ohne wissenschaftlich fundierte, transparente und öffentlich zugängliche Vergabekriterien?
- 4) Wie wollen Sie sicherstellen, dass die vom Rat verwendeten Kriterien wissenschaftlichen Standards entsprechen und nicht lediglich Interessen der Wirtschaft dienen?
- 5) Welche Kriterien werden angewandt um bloße Anwendung wissenschaftlicher Forschung in der Wirtschaft von „angewandter Forschung“ zu unterscheiden und wie differenzieren Sie Wirtschaftsförderung von Forschungsförderung?
- 6) Wie stehen Sie zur bisherigen Praxis der Erstellung von Empfehlungen für die Vergabe der Forschungssondermittel ohne wissenschaftlich fundierte, transparente und öffentlich zugängliche Vergabekriterien?
- 7) Wie kann angesichts der Sparpolitik Finanzminister Grassers das Regierungsziel einer 2,5%igen Forschungsquote noch erreicht werden?
- 8) Wie stehen Sie zu den unterschiedlichen Aussagen Grassers und Schüssels, die keine klare Linie in der Forschungspolitik der Bundesregierung erkennen lassen?
- 9) Wie können Sie dazu beitragen, die dringend notwendige Forschungs - und Technologieoffensive nicht der Sparpolitik zum Opfer fallen zu lassen?
- 10) Wie wollen Sie die freie wissenschaftliche Grundlagenforschung an den österreichischen Universitäten gewährleisten?
- 11) Wie stehen Sie zu der Aussage des Ratsvorsitzenden Consemüller, der zufolge junge WissenschaftlerInnen an Universitätsinstituten lediglich einen Tag pro Woche für freie Forschung und Lehre zur Verfügung haben sollten?
- 12) Wie können sie der scientific community in Österreich die Freiheit von Wissenschaft und Forschung garantieren?
- 13) Wie verstehen Sie die in §1 Abs. 2 UOG 93 formulierten Grundsätze für die Universität bei der Erfüllung ihrer Aufgaben?